

9. Europäische Regionaltagung

Oslo, Norwegen, 8.-11. April 2013

Beschäftigung, Wachstum und soziale Gerechtigkeit



Internationale
Arbeitsorganisation

Hintergrundpapier für die Diskussionsrunde der Staats- und Regierungschefs und der Direktoren internationaler Organisationen: „Wie können die Konsequenzen der Finanzkrise bewältigt werden?“

Diese Diskussionsrunde wird sich mit der Erörterung möglicher Auswege aus der Krise befassen. Angesichts der ernststen Beschäftigungssituation in Europa ist es dringend erforderlich, den Gestaltungsraum für eine Strategie der beschäftigungsintensiven Erholung der Wirtschaft zu untersuchen.

Die unterschiedlichen Phasen der Krisenpolitik

Unmittelbar nach der globalen Finanzkrise 2008-2009 wurde erfolgreich eine koordinierte Strategie auf den Weg gebracht. Sie umfasste oft durch sozialen Dialog mit Sozialpartnern unterstützte Konjunkturpakete. Diese verhinderte einen übermäßig starken Einbruch des Wachstums und begrenzte Arbeitsplatzverluste.

Andererseits führte die Rettung von Finanzinstitutionen in Verbindung mit den für Konjunkturpakete aufgewandten Mitteln in vielen Ländern zu einem starken Anschwellen der Haushaltsdefizite, was die Unsicherheit auf den Finanzmärkten verstärkte, mit negativen Auswirkungen auf Kreditkosten und die Staatsverschuldung.

Die anschließend in Anbetracht dieser Herausforderung ohne oder nur mit sehr begrenztem sozialen Dialog durchgeführten Konsolidierungsmaßnahmen umfassten teilweise drastische Kürzungen öffentlicher Investitionen und Löhne und der Mittel für Arbeitsmarktpolitiken und Sozialleistungen.

Diese Maßnahmen sollten die Finanzmärkte stabilisieren, Kreditströme zum Unternehmenssektor wiederherstellen und privaten Investitionen und der Schaffung von Arbeitsplätzen Impulse geben. Dies traf jedoch nicht ein, und die bereits schwache Gesamtnachfrage in Binnenmärkten wurde noch schwächer. Hinzu kommt, dass es für viele Unternehmen wegen der unverhältnismäßig hohen Kreditzinsen nicht nur unattraktiv sondern unmöglich war, zu investieren und so ihre

Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und Arbeitsplätze zu schaffen. Dies führte zu einem Zusammenbruch der Gesamtnachfrage und trug nicht zur Verringerung von Haushaltsdefiziten und Staatsverschuldung bei, sondern löste neue Konsolidierungsmaßnahmen aus, was letztlich zu einem Teufelskreis zusätzlicher fiskalischer Maßnahmen führte, die die Wirtschaft weiter schwächten. Außerdem ging diese Strategie nicht die schon vor der Krise bestehenden strukturellen Ungleichgewichte an, z. B. Ineffizienzen der Finanzmärkte und die in einigen Ländern schwache Exportbasis, und sie vertiefte ganz allgemein die Ungleichheit auf den Arbeitsmärkten und bei den Einkommen.

Die Auswirkungen in Europa und Zentralasien

Das Wirtschaftswachstum der Eurozone schrumpfte im letzten Quartal 2012 um 0,6 Prozent, was deutliche Auswirkungen auch auf andere Länder der Region hatte. Das krisengeschüttelte südliche Europa steht vor einer schweren und anhaltenden Rezession, und in der EU und Südosteuropa hat die Arbeitslosigkeit eine beispiellose Höhe erreicht. Im November 2012 war die Arbeitslosigkeit in der EU-27 gegenüber dem Vorjahr um 2 Millionen angestiegen. Besonders dramatisch ist die schwierige Situation junger Menschen, da gegenwärtig fast einer von vier jungen Menschen arbeitslos ist, während es in einigen südeuropäischen Ländern mehr als einer von zweien ist. In sämtlichen von der Krise betroffenen Ländern hat die hohe Arbeitslosigkeit in Verbindung mit zunehmender Unsicherheit der Beschäftigung und Kürzungen von Löhnen und Sozialleistungen im Zusammenhang mit Sparmaßnahmen ein Gefühl der Ungerechtigkeit ausgelöst und zu friedlichen Demonstrationen ebenso wie zu weniger friedlichen Ausbrüchen von sozialen Unruhen geführt. Unter solchen Umständen sind Ansteckungseffekte in anderen europäischen Ländern nur eine Frage der Zeit.

Die Herausforderungen angehen: Wege aus der Krise

Es gibt offenbar einen wachsenden Konsens, dass sozialer Dialog und eine soziale Dimension bei der Konzeption von Antworten zur Überwindung der gegenwärtigen Krise und der Vorbeugung ihres Wiederaufflammens unerlässlich sind. Ein Beispiel ist das von der Europäischen Kommission am 20. Februar auf den Weg gebrachte „Soziale Investitionspaket“, das einen Paradigmenwechsel bedeutet, da es betont, dass soziale Investitionen bei der Schaffung von Wachstum und Beschäftigung unverzichtbar sind. In diesem Zusammenhang ist der dreigliedrige soziale Dialog hilfreich, um geeignete Strategien für die Förderung von Investitionen in die Realwirtschaft und die Verwirklichung eines beschäftigungsintensiven Wachstums zu finden und zu formulieren. Solche Ansätze sind eine Voraussetzung

für nachhaltiges Wirtschaftswachstum, das sich auf eine starke Koordination der Wirtschafts-, Beschäftigung- und Sozialpolitik stützt. Die Konsolidierung der Staatsfinanzen bedarf einer sorgfältigen Austarierung mit der Förderung von nachhaltigem Wachstum, Investitionen in die Realwirtschaft und strukturellem und technologischem Wandel zur Korrektur von strukturellen Verzerrungen, der Stärkung von Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit und der Schaffung produktiver Arbeitsplätze bei einem graduellen Abbau von Arbeitsmarktsegmentierung.

Ein solcher Politikansatz impliziert jedoch bestimmte Kosten und so stellt sich die Frage, wo der fiskalische Gestaltungsraum gefunden oder geschaffen werden kann. Dabei geht es auch um die Ausrichtung der staatlichen Investitions- und Steuerpolitik.

Die Diskussionsteilnehmer sollten sich auf folgende Fragen konzentrieren:

- Wie sollten die Antworten auf die Krise modifiziert werden, um nachteilige Auswirkungen im sozialen Bereich und bei der Beschäftigung zu überwinden? Wie kann ausreichender fiskalischer Gestaltungsraum für eine solche Neuausrichtung der Politik gewährleistet werden?
- Benötigen wir eine neue wirtschaftliche Governance, die die Ziele des Wirtschaftswachstums und der Wettbewerbsfähigkeit in Einklang bringt mit nachhaltiger Beschäftigung und Sozialpolitik? Wie würde ein solches Modell aussehen und welche Rolle könnte der soziale Dialog in diesem Zusammenhang übernehmen?
- Wie kann die IAO zu regionalen und nationalen Maßnahmen beitragen, die die Schaffung von Arbeitsplätzen und nachhaltiges Wachstum fördern und gleichzeitig Ungleichheiten in der Welt der Arbeit abbauen?